



FULLLETON

MEDIEN

SPORT

IMMOBILIEN

CHRONIK 2016

RHEIN-MAIN-ZEITUNG



Die Waffenlobby hat gekämpft und gesiegt: Die EU-Kommission konnte ein Verbot tödlicher Sport- und Spaßwaffen nicht durchsetzen.





Glauben Sie, wenn Jesus in diesem Augenblick körperlich hier auf der Erde wäre, dass er sich auch nur im Geringsten um das „Recht“ kümmerte, eine Waffe zu besitzen? Oder meinen Sie, er würde „das Recht, Waffen zu tragen“ unterstützen und uns erzählen, das sei eine gute Sache für eine Gesellschaft?“ Das fragte Tom Mauser aus dem amerikanischen Littleton, dessen Sohn Daniel 1999 beim Columbine-Schulmassaker mit einer legal erworbenen Sportwaffe ermordet worden war, drei Wochen danach. Der Präsident der Waffenlobby-Organisation NRA, Charlton Heston, hat den Brief des Vaters nie beantwortet.

In der vergangenen Woche, im finalen Weihnachtstrubel, hat der Rat der EU eine Wiedergeburt der anderen Art angekündigt. Auf die Frage, ob EU-Bürger weiterhin das Recht haben sollen, selbst halbautomatische Sturmgewehre privat zu besitzen, antworteten der EU-Rat und das Parlament: ja.

Ein Jahr lang hatte die EU-Kommission „hart für eine ehrgeizige Vereinbarung gekämpft, die die Gefahr von Schießereien in Schulen, Ferienlagern oder von Terrorattacken mit legalen Feuerwaffen senkt“, hat Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 20. Dezember erklärt. Doch alle vier zentralen Forderungen im Bereich tödlicher Privatwaffen, die die Kommission nach den Pariser Anschlägen im November 2015 stellte, sind im propagandistischen Dauerfeuer der europäischen Waffen- und Schützenlobby weggeballert worden: kein Verbot halbautomatischer Sturmgewehre und auch kein Verbot von Magazinen mit erhöhter Kapazität (mehr als zehn Patronen), keine psychologischen Untersuchungen von Privatwaffen-Besitzern und keine

umfassende Überprüfung der Waffenbesitz-Erlaubnis alle fünf Jahre. Die Waffenlobby hat wieder gesiegt - und die kurzen Zeitungsberichte dazu sind überschrieben mit „EU verschärft Waffenrecht“.

Noch zwei Wochen vor der Niederlage hatte die EU-Kommission auf einem Punkt beharrt: Zumindest halbautomatische Sturmgewehre der Typen Kalaschnikow und AR-15 sollten für den Privatbesitz verboten werden. Das Gemetzel im Pariser Konzertsaal Bataclan (neunzig Tote) wurde mit Kalaschnikow-Sturmgewehren im halbautomatischen Modus angerichtet. Die 26 Opfer beim Grundschul-Massaker im amerikanischen Newtown 2012 wurden mit einem legal erworbenen halbautomatischen AR-15-Gewehr erschossen. („Kindermassenmord zu Weihnachten“, schrieb diese Zeitung am 17. Dezember 2012.) Doch die europäischen Sport- und Spätschützen können bei den Behörden weiterhin erfolgreich ein „Bedürfnis“ für AR-15-Gewehre und Kalaschnikows geltend machen.

Wie konnte das geschehen? Sind die Schützen in der Mehrheit? Nein, im Gegenteil: Rund 99 Prozent der Deutschen schießen nicht mit tödlichen Sportwaffen. Wie kam es dann, dass sich eine Minderheit wieder einmal hat durchsetzen können? Weil sie für ihre privaten Sonderinteressen gekämpft hat. Die Mehrheit der Unbewaffneten hat sich für das Gemeinwohlinteresse der öffentlichen Sicherheit dagegen kaum engagiert. Und diejenigen, die sich im Auftrag der Gesellschaft darum kümmern sollen, sind der lautstarken, straff organisierten Minderheitenlobby gefolgt.

Hartnäckig hat die deutsche Waffenlobby über ihre Sprachrohre - zuvorderst die drei führenden Zeitschriften „Visier“, „Caliber“ und „Deutsches

Waffenjournal“ (DWJ) - dazu aufgerufen, sich gegen die Pläne aus Brüssel zu wehren. DWJ-Chefredakteur Walter Schulz schrieb im Editorial des Juni-Hefts, in den „absurden Vorschlägen“ der EU-Kommission stecke „eine Menge an Bösartigkeit gegenüber anständigen EU-Bürgern“.

Mehr als fünftausend einschlägige E-Mails bekam allein die EU-Abgeordnete Monika Hohlmeier (CSU) bis zum Juli - nahezu durchweg von Privatwaffen-Fürsprechern. Sie habe sich, heißt es in ihrem Antwortschreiben, im EU-Innenausschuss „persönlich dafür eingesetzt“, dass die „über das Ziel hinaus schießenden Vorstellungen der EU-Kommission korrigiert werden“.

Birgit Collin-Langen (CDU) teilte besorgten Waffenbesitzern mit, ihr sei es besonders wichtig, „Jäger und Sportschützen nicht zu kriminalisieren“. Im IMCO-Ausschuss sei „es uns unter anderem gelungen“, ein Verbot von halbautomatischen Sturmgewehren zu verhindern. Am Schluss dieser Satz: „Ich hoffe, dass ich Sie mit diesem Schreiben beruhigen kann.“

Der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler (CDU) informierte bereits im Juni den Deutschen Schützenbund (DSB) schriftlich, die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament habe versucht, „den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission im Sinne der Sportschützen zu entschärfen“. Unter keinen Umständen dürften Jäger und Sportschützen unter den Generalverdacht gestellt werden, in Zusammenhang mit Kriminalität und Terrorismus zu stehen. „Als CDU/CSU wollen wir der Waffenrechtsrichtlinie nur unter der Bedingung zustimmen, dass keine unnötigen zusätzlichen

Belastungen für deutsche Jäger und Sportschützen entstehen.“ Im Juli gab Winkler „Entwarnung“. Unter der Überschrift „Jäger und Sportschützen stehen nicht mehr am Pranger“ teilte er mit, diese seien „nicht von größeren Einschränkungen betroffen“. Man habe das „unverhältnismäßige Verbot halbautomatischer Waffen“ abgewendet.

Beschwichtigen und ablenken, drohen, täuschen, lügen - die Privatwaffenfanatiker hatten bei ihrem Kampf gegen die EU-Pläne wenig Skrupel. So behauptete der Präsident des Bundes Deutscher Sportschützen (BDS), Friedrich Gepperth, auf einer Konferenz zur EU-Waffenrechtsnovelle in Brüssel im November, es habe in Europa in letzter Zeit nicht ein legales halbautomatisches Gewehr gegeben „mit irgendeiner Beziehung zum Terrorismus. In Deutschland haben wir in den letzten 25 Jahren keinen einzigen Missbrauch eines halbautomatischen Gewehrs.“ Den Vertreter der Europäischen Kommission, Alain Alexis, blaffte Gepperth an mit den Worten: „Das, was Sie tun, ist, die Zukunft Europas aufs Spiel zu setzen! Sie gefährden Europa!“

Richtig ist: Der Sportschütze Anders B. hatte 2011 im Ferienlager auf Utøya (Norwegen) auch mit einem legal erworbenen halbautomatischen Sturmgewehr (Ruger Mini-14) gemordet. 1999 hatte ein Neonazi und Sportschütze beim Amoklauf in Bad Reichenhall (Bayern) mit dem gleichen Modell ein Nachbarehepaar erschossen.

Die Gefährdung durch tödliche Sportwaffen hat Schützenpräsident Gepperth 2012 im SWR unter „Rest-Risiken“ verbucht: „Zwei Tote pro Jahr - das ist der Preis, den wir in einer freien Gesellschaft zahlen müssen. Das ist 'ne Zahl, die kann 'ne Gesellschaft

ohne weiteres aushalten.“ Zwei Sportschützen-Opfer im Jahr? Die Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ hat für den Zeitraum von 1990 bis 2016 die Mindestzahl von 240 Menschen dokumentiert, die in Deutschland mit Waffen von Sportschützen getötet wurden (ohne Suizide).

Ende November hat im Innenausschuss des Deutschen Bundestages bei einer Anhörung zum Waffenrecht der Präsident des Dachverbands „Forum Waffenrecht“, Hans-Herbert Keusgen, bekräftigt, dass von Sportschützen, Jägern und Sammlern grundsätzlich keine Gefahr für die innere Sicherheit ausgehe.

Der Verweis auf die mächtige Lobby mag das Versagen von verantwortlichen Politikern erklären, doch nicht entschuldigen: Lobbyisten sind so stark, wie Parlamentarier schwach sind. Und Parlamentarier sind so schwach, wie es ihnen ihre Wähler erlauben. Wann wird der Deutsche Bundestag das Waffengesetz über die EU-Norm hinaus wirksam verschärfen? Vor oder nach dem nächsten spektakulären Amoklauf?

Weihnachten 2016: Seit bald einem Jahr geht die siebenunddreißigjährige Magdalena M. täglich auf den Friedhof im fränkischen Burgebrach und zündet eine Kerze an. Ihre elfjährige Tochter Janina wurde in der Silvesternacht 2015 von einem Sportschützen erschossen, weil er sich über die Böller vor seinem Haus geärgert hatte. Zwei Tage vor dem Heiligen Abend ist der Mörder zu zwölfteinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Unweit des Tatortes in Unterschleichach haben Schützenvereine auch in diesem Jahr zum „traditionellen Weihnachtsschießen“ eingeladen.

Was würde Jesus dazu sagen? „CDU/CSU-Abgeordnete und die deutsche Bundesregierung haben gemeinsam Druck gemacht, um die Reform der Waffenrichtlinie auszuhöhlen“, lautet das Resümee des Grünen-Europapolitikers Sven Giegold. Im kommenden März soll die entschärfte Waffenrechts-Verschärfung im Europäischen Parlament beschlossen werden. ROMAN GRAFE

*Der Verfasser ist Autor, Filmemacher und Sprecher der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“. Im November 2016 sprach er als Sachverständiger für Waffenrecht im Innenausschuss des Deutschen Bundestages.*



← Zurück